

## Jugendnetzwerk Lambda Berlin-Brandenburg

### Fragenkomplex 1: Förderung queerer Jugendarbeit:

- ***Inwiefern sollten die Berliner Förderrichtlinien der Jugendverbandsarbeit Ihrer Meinung nach angepasst werden? Haben Sie hierfür bereits konkrete Ideen?***

Die Förderrichtlinien sind in einem sehr transparenten Prozess zwischen dem Landesjugendring und der zuständigen Senatsverwaltung entwickelt worden. Der Landesjugendhilfeausschuss hat diesen Prozess intensiv begleitet und das Ergebnis auch beschlossen. Wenn es Änderungsbedarf gibt, sollten sich die Partner/innen an einen Tisch setzen und einen neuen Aushandlungsprozess beginnen. Die SPD unterstützt die Eigenständigkeit der Jugendverbände und setzt sich weiterhin dafür ein.

- ***Halten Sie die Ausweitung kinder- und jugendgerechter queerer Freizeit und Beratungsangebote für denkbar?***
- ***Wenn ja: Welche Prioritäten sollten beim Ausbau des Angebots entscheidend sein und wie stellen Sie sich seine Finanzierung vor?***
- ***Wie stehen Sie der Schaffung eines überbezirklichen queerem Jugendzentrums in Berlin gegenüber?***
- ***Wie kann angesichts des erschreckenden Ausmaßes an Homo-, Trans\*- und Interphobie unter Jugendlichen die Aufklärungsarbeit verbessert werden?***

Flächendeckende queere Freizeit- und Betreuungsangebote sind notwendig. Die SPD weiß um die schwierige Situation junger Menschen, die in ihrer Lebenssituation scheinbar von der Mehrheit abweichen. Beratungsangebote und die Bereitstellung von „Räumen“ zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit sind notwendig. Dabei geht es zum Einen um die Förderung konkreter queerer Angebote, zum Anderen aber auch ganz wesentlich darum, die bestehenden Angebote so zu qualifizieren, dass sie auch queeren jungen Menschen eine Alternative bieten.

Homo-, Trans- und Interphobie muss flächendeckend bekämpft werden, daher muss in allen Einrichtungen der Jugendhilfe und in den Schulen Aufklärungsarbeit geleistet werden. Schlüsselfiguren dafür sind die Menschen, die täglich mit den Jugendlichen arbeiten, Lehrkräfte, Sozialarbeiter/innen und Erzieher/innen. Dafür leisten die Maßnahmen, die der SPD geführte Senat im Rahmen der Initiative sexuelle Vielfalt beschlossen hat, einen wertvollen Beitrag. Diese Initiative soll auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden.

## **Fragenkomplex 2: Initiative sexuelle Vielfalt**

- **Werden Sie sich für eine Verlängerung der ISV einsetzen?**

Ja.

- **Wenn ja: Welche Änderungen würden Sie am Konzept der ISV ggf. vornehmen?**

Im Rahmen der Initiative sollte auch Projektförderung vor Ort ermöglicht werden.

***Queere Jugendliche beklagen oftmals eine mangelhafte Einbindung bei Planung und Durchführung der ISV.***

- **Teilen Sie diese Kritik? Wenn ja: Welche konkreten Verbesserungsvorschläge haben Sie hier?**

Die Planung der ISV ist von den Senatsverwaltungen gemeinsam mit den Trägern, auch Lambda, erfolgt. Auch die Durchführung erfolgt mit freien Trägern. Dass sich queere Jugendliche nicht eingebunden fühlen, kann die SPD nicht bewerten.

***Das dem ISV-Konzept zugrunde liegende „Top-Down Prinzip“ für Schulen, welches Lehrpersonal schult, jedoch keine nachhaltigen Ansätze in der Jugendarbeit bzw. Kooperationen mit Schüler\_innenvertretungen verfolgt, wird oftmals als Kritikpunkt an der ISV angeführt.***

- **Wie stehen Sie zu diesem „Top-Down Prinzip bzw. der genannten Kritik hieran?**

***Die im Rahmen der ISV durchgeführte Kampagne "Berlin liebt - Respekt macht's möglich" wird innerhalb der queeren Szene von manchen als Geldverschwendung angesehen. Andere rügen die Botschaft der Kampagne und fürchten eine schlechtestenfalls kontraproduktive Wirkung auf die Mehrheitsgesellschaft.***

- **Halten Sie trotz dieser massiven Kritik weitere ähnlich gelagerte Kampagnen für denkbar?**

Diese Kampagne ist mit übergroßer Mehrheit im Abgeordnetenhaus beschlossen worden, die Szene hat sie mit großer Zustimmung angenommen. Berlin ist das erste Land, das sich diesem Thema so umfangreich widmet. Die SPD weiß aber auch, dass damit nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen können und dass gerade im Bereich der konkreten Jugendarbeit vor Ort mehr geleistet werden kann. Allerdings ist diese Initiative gerade unter dem Aspekt der Top-down-Strategie und der Aufklärungsarbeit mittels Qualifizierung der Sozial- und Bildungsarbeit gestartet worden und kann fehlende Infrastruktur nicht ersetzen.

### **Fragenkomplex 3: Queer und Handicap**

*Lesbische, schwule, bisexuelle, trans\* und inter\* Jugendliche mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen sind von einer besonderen Diskriminierung betroffen. Bisher gibt es berlinweit allerdings keine finanzierten Angebote für diese Zielgruppe.*

- **Sieht Ihre Partei an dieser Stelle Handlungsbedarf? Wenn ja: Wie könnte eine angemessene Förderung hier konkret aussehen?**
- **Halten Sie den Aufbau einer speziellen Infrastruktur für queere Jugendliche mit Handicap für angemessen? Wenn ja: Welche Angebote sollte dieses Netzwerk umfassen (Stichwort Aufklärung in der queeren Szene, aber auch in Werkstätten, Wohnheimen, Sonderschulen) und wie viele Fördermittel würden Sie hierfür veranschlagen?**

Besondere Bedarfe der von Ihnen genannten Personengruppe sind uns nicht bekannt. Grundsätzlich steht die SPD zur Umsetzung der Inklusion. Das bedeutet, dass sich die Einrichtungen und die Angebote an die Bedürfnisse anpassen müssen.

### **Fragenkomplex 4: Gewalt gegen LSBTI Menschen**

- **Was werden Sie hiergegen unternehmen?**
- **Wie sehen Ihre Konzepte gegen homo-, trans\* und inter\*phob motivierte Gewalt in der Praxis aus?**
- **Was kann die Berliner Politik gegen die vielschichtige strukturelle Diskriminierung der queeren Bürger\_innen der Stadt unternehmen?**

Wir werden Einrichtungen, Projekte und Angebote in den Bereichen Aufklärung, Beratung und Opferhilfe ausbauen. Es bedarf einer weitergehenden Sensibilisierung bei Polizei und Strafverfolgungsbehörden bei homophoben Straftaten. Opfer vorurteilsmotivierter Straftaten sollen unterstützt und zu Anzeigen ermuntert werden.

Wir unterstützen Projekte, die Homophobie in Schulen und auf der Straße bekämpfen. Außerdem unterstützen wir Konzepte, die gewährleisten, dass Menschen auch im Alter ihre sexuelle Identität diskriminierungsfrei leben können.

### **Fragenkomplex 5: Obdachlosigkeit**

- **Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um diesen Missstand zu beseitigen?**
- **Halten Sie in Anlehnung an die bestehenden Kriseninterventionseinrichtungen für Mädchen die Schaffung derartiger Einrichtung für LSBTI Jugendliche für sinnvoll und welche Impulse würden sie dadurch erwarten?**
- **Sollten zeitgemäße sexualpädagogische Kenntnisse für Sozialarbeiter\_innen in Berliner Notunterkünften und Kriseninterventionseinrichtungen allgemein verpflichtend werden?**

In diesen Bereichen muss die gleiche Aufklärungsarbeit geleistet werden, wie es über die ISV in den Schulen und Jugendeinrichtungen geleistet wird. Sozialpädagogische Fachkräfte müs-

sen bereits im Rahmen der Erstausbildung und dann über Fort- und Weiterbildungen auf die besonderen Bedarfe der unterschiedlichen Personenkreise in ihren Einrichtungen vorbereitet werden.

#### **Fragenkomplex 6: Rund ums Transsexuellengesetz**

- **Wird Ihre Partei sich für die Möglichkeit einer formlosen Vornamens- bzw. Personenstandsänderung für Trans\* und Inter\* Personen einsetzen?**
- **Halten Sie es auch für denkbar, Trans\* und Inter\*-Personen, die sich geschlechtsspezifisch nicht festlegen können oder wollen, die Möglichkeit eines neutralen Geschlechtseintrags zu eröffnen?#**
- **Welche Maßnahmen würden Sie auf Landesebene zur Unterstützung von Trans\* und Inter\*-Personen unternehmen?**
- **Werden Sie sich für die Einrichtung spezieller (Antidiskriminierungs)-Beratungsstellen für trans\* und inter\* Jugendliche stark machen?**

Die SPD steht für eine Änderung des TSG mit dem Ziel der Vereinfachung der Verfahren zur Vornamens- und Personenstandsänderung. Die jetzigen diskriminierenden Formalien sind unakzeptabel und entsprechen nicht den medizinischen und gesellschaftlichen Bedarfen und Ansprüchen.

#### **Fragenkomplex 7: Ehe und Adoptionsrecht**

- **Setzt sich Ihre Partei auf Landesebene dafür ein, die „eingetragene Lebenspartnerschaft“ der Ehe rechtlich gleichzustellen bzw. die klassische Ehe, wie bereits in sieben anderen europäischen Ländern geschehen, auch für homosexuelle Paare zu öffnen?**
- **Sind Sie dafür, homosexuellen Paaren im Adoptionsrecht dieselben Rechte wie Hetero-Paaren einzuräumen? Wenn Ja: Was wird Ihre Partei auf Landesebene zur Verbesserung der rechtlichen Lage homosexueller Paare unternehmen?**
- **Wie gedenken Sie, Regenbogen-Familien in Berlin unmittelbar zu unterstützen, um ihren bis heute unbefriedigenden gesellschaftlichen und rechtlichen Status zu verbessern?**

Die SPD setzt sich für die endgültige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe ein, das umfasst selbstverständlich auch die Möglichkeit der gemeinsamen Adoption von Kindern. Der SPD geführte Senat hat mit zwei Bundesratsinitiativen diese Gleichstellung erreichen wollen. Doch solange CDU geführte Bundesländer sich vehement gegen diese Gleichstellung stellen, kann nur auf geänderte Mehrheitsverhältnisse in der Länderkammer gehofft werden, um eine erneute Initiative zu starten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht, der allerdings mit der Koalitionsmehrheit von CDU und FDP keine Zustimmung fand.